



KÜHNIS HÖRWELT
Appenzell Zielstrasse 19 - 07178720 02



APPENZELLER VOLKSFREUND

OBEREGER ANZEIGER

Innerhoder Zeitung / Amtliches Publikationsorgan



Inhalt

Konzert

Am Samstagabend hat in der Pfarrkirche Oberegg ein gemeinsames Konzert der Musikgesellschaft Oberegg und des Kirchenchors Oberegg stattgefunden. Das schon vor langer Zeit lancierte Projekt erlebte damit endlich seine Umsetzung. **Seite 3**

Tabellenerster

Für mindestens eine Woche kann sich das Herren-1-Team des TV Appenzell der Leaderposition erfreuen. Ein nie gefährdeter Heimerfolg über Frauenfeld liess die Innerhoder zum Thron aufrücken. **Seite 4**

Aussteuerte

Zwei Drittel der bei der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten sind nach fünf Jahren wieder erwerbstätig. Bei der Hälfte ist das bereits nach einem Jahr der Fall. Allerdings ist das Lohnniveau einmal Ausgesteuerter dann tiefer. **Seite 16**

1000 Tage

Über 12 000 getötete Zivilisten, Zehntausende gefallene Soldaten und gut 300 000 Kriegsversehrte allein auf ukrainischer Seite sowie Dutzende zerstörte Städte und Dörfer: Die russische Invasion dauert heute Dienstag 1000 Tage an. **Seite 19**



Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch mit Luca Rechsteiner, dem Präsidenten der FDP Appenzell Innerhoden. Die Partei feiert ihr siebenjähriges Bestehen. Bei der Gründung der letzten FDP-Kantonalpartei stand «KKS» Pate. Am Freitag beantwortete die Finanzministerin Fragen zu Themen wie Steuern, EU-Verhandlungen und zu Donald Trump. **Seite 5** (Bild: Tommaso Manzin)

Ist Innerrhoden blauäugig?

Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf Stippvisite bei ihrem Appenzeller «Gottenkind»

Vor sieben Jahren hatte Bundesrätin Karin Keller-Sutter geholfen, die jüngste kantonale Partei der FDP aus der Taufe zu heben: die FDP Appenzell Innerrhoden. Zum Jubiläum stellte sie sich den Fragen der eigenen Partei und des Publikums. Es ging um die Besteuerung von 2. und 3. Säule, die Verschuldung des Bundes, die Rettung der Credit Suisse, die Verhandlungen mit der EU – und darum, ob Innerrhoder blauäugig seien. Und natürlich um US-Präsident Donald Trump.

Tommaso Manzin

Die FDP Appenzell Innerrhoden feiert heute ihr siebenjähriges Bestehen als kantonale Partei der FDP Schweiz – die jüngste kantonale «Vertretung» der FDP hatte damit den letzten weissen Fleck der Partei in der Schweiz gefüllt (siehe Kastentext). Bei ihrer Gründung an der damaligen FDP-Delegiertenversammlung war Bundesrätin Karin Keller-Sutter Patin gestanden. Am Freitagabend ist die Finanzministerin nach Appenzell auf Besuch gekommen – trotz Hexenschuss.

Bevor das Publikum die Bundesrätin in die Mangel nehmen durfte, sorgte Luca Rechsteiner, Präsident der FDP Appenzell Innerrhoden, für ein Warmlaufen mit kniffligen Fragen. Der Einstieg war steil, wie die Bundesrätin sofort bemerkte: Im Raum stehe die Erhöhung der Steuern auf Kapitalbezüge aus 2. und 3. Säule. «Was spricht für diese Steuern?», wollte Rechsteiner wissen. Und ob man nicht eher ein Ausgabenproblem habe auf Bundesebene?

PK-Besteuerung: «Erst Ideen»

Der Bund sei der Schuldenbremse verpflichtet, entgegnete Keller-Sutter. Man rechne mit strukturellen Defiziten von ungefähr 4,5 Milliarden Franken in den nächsten Jahren. Gestützt auf die Vor-



Bundesrätin Karin Keller-Sutter zwischen Säckelmeister Ruedi Eberle (vorne links) und dem stillstehenden Landammann Roland Dähler anlässlich ihres Besuchs in Appenzell. Dahinter vom Vorstand der FDP Appenzell Innerrhoden (von links): Präsident Luca Rechsteiner, Gründungsmitglied Gido Karges und Vorstandsmitglied Robert Gütisch. (Bild: Tommaso Manzin)

schläge der Departemente sei ein Entlastungsprogramm erarbeitet worden, vieles davon seien erst Ideen, die mit Blick auf die Vernehmlassung Ende Januar noch ausgearbeitet werden müssten. Der Bundesrat habe noch nichts beschlossen, es sei auch ihre persönliche Meinung, dass man ein Ausgabenproblem habe – und nicht ein Einnahmenproblem. Per 2027 wolle man den Haushalt um 3,5 Milliarden Franken entlasten. Das müsse über die Ausgabe Seite passieren, gab sich Keller-Sutter überzeugt. Aber die Expertengruppe habe den Auftrag gehabt, Steuersubventionen zu finden, über die man

diskutieren könnte. So sei man auf das steuerbegünstigte Sparen in der Vorsorge gekommen. «Wir wussten, dass das umstritten sein würde, aber wir wollten es in die Vernehmlassung mit einbeziehen», räumte Keller-Sutter ein.

«Es geht nicht um die Bankenrettung»

Auf den Untergang der Credit Suisse (CS) angesprochen, erklärte sie, man habe keine andere Wahl gehabt, als sie zu retten. Natürlich sei die UBS durch die Übernahme der CS noch grösser geworden. Allerdings sei ihre ehemalige Konkurrentin deutlich kleiner als im Jahr 2008, als die nun einzige verbliebene Grossbank selbst in der Krise war. Wie schon bei der Rettung der UBS während der Finanzkrise sei es jedoch auch bei der CS nicht darum gegangen, eine Bank zu retten, sondern darum, das Finanzsystem zu schützen. Der Bankenplatz sei wieder stabil, resümierte die Bundesrätin, und zu wenig Konkurrenz gebe es auch nicht durch den Wegfall einer Grossbank.

SNB-Ausschüttungen nicht budgetieren?

In Innerrhoden seien die Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) mit rund 5 Millionen Franken budgetiert worden, wusste Rechsteiner – der Geldsegen sei dann aber nicht gekommen. Ob die Innerrhoder also blauäugig seien, fragte er in die Runde. Alle Kantone stünden hier vor der gleichen Herausforderung, sagte

die FDP-Bundesrätin. Man wisse nicht, ob die SNB Defizite mache oder nicht. Sinn und Zweck der SNB sei die Wahrung der Preisstabilität, nicht eine Gewinnausschüttung an die Kantone. Einen Einfluss habe das Finanzdepartement darauf ohnehin nicht. Auch beim Bund würden Einnahmen und Ausgaben budgetiert, für die man eine rechtliche Grundlage habe – und diese sei gegeben durch die Ausschüttungsvereinbarung mit der SNB. Komme die Ausschüttung dann nicht, dann sei das eben so – aber man könne nicht einfach alle Jahre aus dem Fenster blicken und schauen, ob es komme oder nicht.

USA: «Republikaner mögen uns»

Zum wiedergewählten US-Präsidenten äusserte sich Keller-Sutter diplomatisch. Es sei zu früh, um den Einfluss der Wiederwahl auf die Schweiz zu beurteilen, man wisse insbesondere noch nicht, wer Finanzminister werde. Die USA seien unterdessen das wichtigste Land für Schweizer Exporteure, nicht Deutschland. Der Kontakt sei sehr gut, sie selbst sei zwei bis drei Mal pro Jahr in Washington. Republikanische Regierungen seien eher offener gewesen gegenüber der Schweiz als demokratische. «Sie mögen uns», sagte Keller-Sutter.

«Mögen Sie das Gottenkind?»

Appenzell Innerrhoden stimme immer wieder mal gegen den Bundesrat, bohrte FDP-AP-Präsident Luca Rechsteiner weiter. Er fragte: «Mögen Sie Ihr Gottenkind

trotzdem?» Eine schmunzelnde Bundesrätin antwortete, sie schätze die Abstimmungen der Innerrhoderinnen und Innerrhoder meist sehr – das Ständemehr sei wichtig, um den Konsens unter den Landesteilen zu sichern.

Dass Rechsteiner richtig vorgespurt hatte, zeigten die Fragen aus dem Publikum, etwa jene zum geplanten Rahmenabkommen mit der EU: Wie beurteilt die Finanzministerin die Auswirkungen auf die Wohlfahrt der Schweiz? «Schwierig einzuschätzen», gestand die Magistralin. Es gebe Studien, die beweisen wollen, die Bilateralen hätten der Schweiz nichts gebracht – und solche, die das Gegenteil zeigen sollen. Für ein Exportland sei der Zugang zur EU sehr wichtig. Der Bundesrat müsse jetzt beurteilen, ob das Preis-Leistungs-Verhältnis dieses Zugangs stimme. Und dann werde das Volk entscheiden.

Zur Erinnerung: Im Sommer hatte ein Gutachten des Bundesamtes für Justiz für rote Köpfe gesorgt, da es argumentiert hatte, die freiwillige Unterstellung eines allfälligen Staatsvertrags mit der EU unter das obligatorische Referendum (mit Ständemehr) wäre nicht nötig oder womöglich gar verfassungswidrig. Der Bundesrat liess danach die Frage offen, wie er vorgehen wird: ob also das geplante Vertragspaket mit der EU dereinst dem obligatorischen Referendum mit Volks- und Ständemehr zu unterstellen wäre oder ob das fakultative Referendum mit blossen Volksmehr genügen würde.

«Liberalen Geist wieder nach Innerrhoden holen»

(Im) Gründungsmitglied und der erste Präsident der FDP Appenzell Innerrhoden, Gido Karges, erinnert sich: Man habe mit der Gründung der Kantonalpartei FDP Appenzell Innerrhoden den liberalen Geist wieder nach Innerrhoden bringen und den letzten weissen Fleck der FDP in der Schweiz füllen wollen. Der Freisinn sei in Innerrhoden fester Bestandteil der Politik, sagte Karges in seiner Begrüssungsrede anlässlich des Besuchs von Bundesrätin Karin Keller-Sutter am Freitagabend in Appenzell. Innerrhoden sei im ersten Teil des Jahrhunderts sehr weltoffen und liberal

gewesen, erst danach habe sich ein konservativer Geist breitgemacht. 1906 gab es einen liberalen Verein, ab 1906 verfügte die liberale Minderheit mit dem «Anzeiger vom Alpestein» über ihr eigenes Sprachrohr, das auch nach dem Verschwinden des parteimässig organisierten Liberalismus in Innerrhoden im Jahr 1946 noch bis 1972 herausgegeben wurde. Manch ein Politiker habe von sich behauptet, liberal zu sein, sagte Karges, musste aber in konservativen Gruppierungen Politik machen. Deshalb habe man die Kantonalpartei FDP Appenzell Innerrhoden gegründet.